

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

21. MRZ 1973

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-I

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. Februar 1973 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 1/1973 März

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Zu Beginn des Jahres 1973 zeichnen sich wirtschafts- und sozialpolitische Konflikte von wachsender Schärfe ab, deren Inhalt durch den Streik in den Dortmunder Hoesch-Werken Anfang Februar markiert wurde: überdurchschnittliche Gewinn- jedoch unterdurchschnittliche Lohn- und Gehaltssteigerungen bei ungebrochenem Inflationstempo.

Sollten die Bruttoabhängigeneinkommen tatsächlich nicht über die von der IG Metall gesetzte 8,5-Prozent-Grenze hinausgehen, dürfte 1973 ihr Realwert negativ werden, nachdem er 1972 schon längst nicht mehr den Zuwachs des realen BSP (+ 2,8 Prozent gegenüber 1971) erreichte.

Vor dem Hintergrund der Gewinn- und Preissteigerungen vollzieht sich eine Steuerpolitik, die sich immer deutlicher als Haushaltssanierung durch zusätzliche Belastungen der Arbeiterklasse erweist. Während nichts an den konfiskatorischen Lohnsteuertarifen geändert wird, die Spanne zwischen Lohn-, aber auch Umsatzsteuern einerseits sowie Profitsteuern andererseits über die 50-Mrd.-DM-Marke hinausgehen dürfte, stehen Steuererhöhungen an, die in ihren Auswirkungen überwiegend die abhängigen Beschäftigten treffen werden: sichere Überwälzung der ab Juli 1973 um 10 Prozent höheren Gewinnsteuern auf die Verbraucherpreise allgemein, steigende Kraftstoffpreise aufgrund der Heraufsetzung der Mineralölsteuer im besonderen.

Die effektiven Gewinne vor allem der Konzerne (stille Rücklagen, Selbstfinanzierung über den Preis) bleiben wie immer unangetastet. Sie werden nicht zuletzt infolge

der in diesem Jahr noch vehementeren Exportoffensive der BRD stärker wachsen als bisher. Schon 1972 umfaßte der Außenhandelsüberschuß die Rekordsumme von 20,3 Mrd. DM. Der Exportboom stützt damit im wesentlichen die seit dem 4. Vj. 1972 einsetzende Konjunkturbelebung allerdings um den Preis eines auf Aufwertung der D-Mark drängenden spekulativen Dollarzuflusses. Die Währungskrise zu Jahresbeginn erhöhte so das binnenländische Geldvolumen schlagartig um über 20 Mrd. DM; mithin sind innerhalb eines Jahres infolge des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts 40 Mrd. DM in den Geldkreislauf der BRD geflossen, ohne daß wertmäßig im gleichen Umfang Güter gekauft worden waren (Kaufkraftlücke).

Daneben wurde das Kreditvolumen durch systematische Geldvermögenspolitik der privaten Unternehmen 1972 wie nie zuvor ausgedehnt (Dezember 1971 bis Dezember 1972 nahm es um ca. 17 Mrd. DM zu), so daß die Inflation zwangsläufiges Resultat aller dieser geldmengensteigernden Faktoren ist. Im laufenden Jahr wird in dieser Beziehung keine Wende eintreten, im Gegenteil, Handels- und Industrieerzeugerpreise sind nach wie vor aufwärts gerichtet.

Wie der Jahreswirtschaftsbericht 1973 zeigt, hat die Bundesregierung an der Preis-, Export- und Investitionsfront das Feld vollständig den privaten Unternehmen überlassen. Auf Kosten der abhängig Beschäftigten wird somit die permanente Systemkrise finanziell zu verschleiern versucht, wobei Stabilität allein für die Profite angestrebt wird.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigtem

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Frauenlöhne, -gehälter

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe
und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Mit einer Zuwachsrate von + 2,8 Prozent erhöhte sich das reale BSP 1972 im gleichen Umfang wie das Jahr zuvor.

Während im 1. Hj. 1972 das reale Wachstum im Vergleich zum 1. Hj. 1971 nur um + 2 Prozent anstieg, übertraf es im 2. Hj. das entsprechende Vorjahresergebnis um fast + 3,5 Prozent. (BMWF Tagesnachrichten, 24. 1. 73)

Ausschlaggebend für die Beschleunigung der Gesamtproduktivität vor allem in der Endphase des vergangenen Jahres war einmal mehr der kräftige Exportso; ganz besonders im 4. Vj. wurde das Resultat von 1971, 4. Vj., weit übertroffen. (s. Kzf. 1.3) Die stimulierende Wirkung des Exports verhinderte somit eine rückläufige Zuwachsrates der volkswirtschaftlichen Produktivität gegenüber 1971.

Die Belebung durch den Außenhandel kann an den seit September 1972 sprunghaft gestiegenen Auslandsaufträgen in der verarbeitenden Industrie abgelesen werden: waren 1971 im Durchschnitt der Monate September bis November Minuswerte zu verzeichnen gewesen, so 1972 im selben Zeitraum ein Eingangsplus von 25,1 Prozent; die Inlandsorders beliefen sich stattdessen nur auf + 9,2 Prozent. (BMWF Tagesnachrichten, 9. 1. 73)

Die zunehmende Abhängigkeit der BRD-Wirtschaft vom Ausland verdeckt jedoch sich verschärfende widersprüchliche Entwicklungen im Innern:

1. Sieht man von der Exportlastigkeit der BRD-Wirtschaft einmal ab, dann stünde in kaum zu überwindender Schwierigkeit das Problem rentabler privater Kapitalanlage und -verwertung auf dem Binnenmarkt auf der Tagesordnung.
2. Die durch das Exportgeschäft effektiv gesicherte Rentabilität an sich überschüssigen Kapitals in privaten Händen bedeutet eine permanente Inflationsquelle mit drastischen Folgen für die große Bevölkerungsmehrheit.

Einmal beruht also die Sicherheit der Arbeitsplätze auf nicht von der BRD beeinflussbaren Dispositionen, zum anderen wird aber die Arbeitskraft der abhängig Beschäftigten durch sinkende Realeinkommen immer weniger ihrem Marktwert entsprechend entlohnt. (s. Kzf. 3.5)

Dies ergibt sich z. B. schon aus der Tatsache, daß zwar das Preisniveau des BSP 1972 gegenüber 1971 statistisch „lediglich“ um + 6,3 Prozent hinaufging, während der Anstieg 1971/1970 noch 7,9 Prozent betrug, die Kategorie Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs jedoch von 5,4 Prozent (1971/1970) auf + 5,9 Prozent (1972/1971) anzog. Geht man vom NSP zu Marktpreisen aus, wird die Spanne noch größer.

Sozialprodukt — Prozentzunahme in jeweiligen Preisen

	1970	1971	1972
BSP insgesamt	13,3	10,7	9,1
NSP zu Marktpreisen	12,9	10,3	9,1
Privater Verbrauch	10,8	10,9	9,5
Staatsverbrauch	14,6	19,8	12,9
Bruttoanlageinvestitionen	23,9	12,1	5,4

Sozialprodukt — Prozentzunahme in Preisen von 1962

	1970	1971	1972
BSP insgesamt	5,8	2,8	2,8
NSP zu Marktpreisen	5,6	2,2	2,3
Privater Verbrauch	7,0	5,5	3,6
Staatsverbrauch	4,9	7,3	4,2
Bruttoanlageinvestitionen	11,5	4,5	1,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 17, 19)

Daß die Inflation zum wirtschaftlichen Krisenherd erster Ordnung geworden ist, kann nicht mehr übersehen werden. Eine dem Monopolkapital verpflichtete Wirtschaftspolitik kann zu keiner wirklichen Lösung dieser Krise, d. h. zur langfristigen Stabilität bei Preissteigerungsraten von höchstens 1–2 Prozent gelangen.

So durchkreuzt der Kredithunger des Unternehmenssektors alle Bemühungen zur Eindämmung des Geldüberhangs. Gewährte Kredite stellen aber Geldschöpfung dar, so daß das Geldvolumen permanent steigt.

	Bankkredite Zunahme in Mrd. DM	Geldbestand in Mrd. DM	Geldvolumen in Mrd. DM
1970, Dezember	+ 11,1	+ 5,2	173,4
1971, Dezember	+ 14,5	+ 6,8	198,6
1972, Dezember	+ 16,9	+ 10,2	232,4

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 3* f.; Handelsblatt, 29. 1. 1973)

Die 17prozentige Zunahme des Geldvolumens von Dezember 1971 bis Dezember 1972 überstieg die volkswirtschaftliche Güterproduktion immens; wird nun der Warenausfuhrüberschuß in Höhe von 20,3 Mrd. DM (s. Kzf. 1.3) abgerechnet, dann erreichte der die Preisschraube in schnellere Bewegung setzende Geldüberhang eine noch größere Dimension.

Ein weiteres Moment: der Bargeldumlauf — also das Geldvolumen ohne Kassenbestände der Banken — umfaßte vor der Währungskrise Ende Januar d. J. etwa zwischen 45 und 50 Mrd. DM. Durch den Dollareinstrom dürfte er sich bis zum 10. 2. 1973 schlagartig um 20 Mrd. DM, mithin um fast 50 Prozent erhöht haben.

Was angesichts des Zusammenbruchs der Stabilität vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wird, um die Inflation zu stoppen, ist erneut ausschließlich gegen die abhängig Beschäftigten gerichtet:

1. Drosselung des privaten Verbrauchs (Jahresgutachten — JG — 1972, Ziffer 373) entweder durch
2. Steuererhöhungen sowie einen nicht rückzahlbaren 10prozentigen Konjunkturzuschlag oder
3. Verringerung der Nettolöhne und -gehälter um — 2,5 Prozent. (JG, Tabelle 35, S. 135)

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sollen nach diesen Strategien um + 2,5 bis + 3,5 Prozent über den Abhängigeneinkommen liegen, wobei die unverteilten Gewinne erst gar nicht zur Debatte stehen.

Die tarifpolitische Entwicklung seit Jahresbeginn und die Pläne der Bundesregierung auf steuerlichem Gebiet deuten darauf hin, daß im Laufe des Jahres beide Varianten zwecks Beschneidung des Massenverbrauchs zum Zuge kommen werden. Würde jedoch versucht werden, die durch die Wirtschaftspolitik und durch Gewinnmaximierung inszenierte Inflation mittels einer Reduzierung der Masseneinkommen und damit des privaten Verbrauchs zu bekämpfen, könnten strukturelle Krisen selbst bei einer Ausweitung des Exports die Folge sein. Besonders ein Teil der verarbeitenden Industrie wäre unmittelbar betroffen; der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes an der Entstehung des BIP würde noch stärker sinken als im vergangenen Jahr:

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum BIP in jeweiligen Preisen

	BIP	Land- u. Forstwirtschaft	Warenprod.-Gewerbe	Handel, Dienst-Verkehrleisg.	Priv. Haush., Staat u. ä.	
	Mrd. DM		Anteile in Prozent			
1970	687,0	3,1	54,1	18,0	14,1	10,7
1971	759,6	2,8	53,5	17,7	14,5	11,5
1972	829,8	2,7	52,8	17,6	15,1	11,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 18)

Zunahme des realen BSP 1972 gegenüber 1971 um + 2,8 Prozent, 1. Hj. 1972 + 2 Prozent, Beschleunigung im 2. Hj. auf + 3,5 Prozent. Rasche Zunahme im 2. Hj. Folge des Exportso; besonders im 4. Quartal. Anstieg des BSP-Preisniveaus 1972 gegenüber 1971 + 6,3 Prozent, des privaten Verbrauchs um + 5,9 Prozent. Ein Ende der Inflation ist nicht absehbar, der Geldüberhang nimmt ständig zu: 17prozentige Steigerung des Geldvolumens im Dezember 1972 gegenüber Dezember 1971;

Stimulierung des Bargeldumlaufs bis 10. 2. 1973 um + 20 Mrd. DM (fast um 50 Prozent) als Resultat des Dollareinstroms. Durch Druck auf die Abhängigeneinkommen soll die Preiswelle gestoppt werden. Die Einschränkung des privaten Verbrauchs (— 1,9 Prozent geringere Zuwachsrates gegenüber 1971) führte zum weiteren Rückgang des Anteils des warenproduzierenden Gewerbes am BIP.

1.2 Industrieproduktion

Erst im 4. Quartal 1972 hatte der Zuwachs der industriellen Nettoproduktion mit gut + 9 Prozent den Anschluß an das 1. Vj. 1971 gefunden. Die Zunahme um + 7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal ist indes zu verhalten gewesen, um von einem weittragenden konjunkturellen Durchbruch sprechen zu können.

Veränderung der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1971				1972			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
	+3,0	+2,1	+0,8	— 0,0	+1,1	+2,3	+2,1	+9,1

(Quelle: INFO 4/1972, S. 2; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 73; ifo-Wirtschaftskonjunktur 1/73, Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung, S. 6)

Das Tempo des Zuwachses im letzten Jahresviertel 1972 verlief allerdings nicht kontinuierlich, wie die Indexveränderung von Oktober bis Dezember zeigt:

Veränderung des Nettoproduktionsindex von Oktober bis Dezember 1972 (gesamte Industrie)

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. i. %	
	1971	1972	1971	1972
Oktober	169,9	174,8	+3,5	+ 2,9
November	172,4	185,0	+0,6	+ 7,3
Dezember	152,0	179,0	— 3,6	+17,4

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 65*; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Der Abfall der Zuwachsraten von November auf Dezember betraf die drei wichtigsten Industriesparten, jedoch mit unterschiedlicher Intensität.

Am stabilsten erwies sich — praktisch seit Ende 1970 — der Verbrauchsgütersektor, wenn auch das Steigerungsmaß — etwa im Vergleich zum Vorvierteljahr — merklich zurückging. Dafür meldete die Investitionsgüterindustrie im November und Dezember einen heftigen Auftrieb. Hier schien sich der überaus hohe Bestelleingang aus dem Ausland bereits bemerkbar zu machen; denn eine sichere Basis für Investitionen auf dem einheimischen Verbrauchsgütermarkt dürfte durch die Reduzierung des Realzuwachses der Masseneinkommen vorerst in Frage gestellt sein.

Im Gefolge der überraschend günstigen Produktionslage der Investitionsgüterindustrie erfuhr die für Grundstoffe und Produktionsgüter ebenfalls einen ansehnlichen Aufschwung.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- u. Prod.-güterind.	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
Oktober	167,5	167,2	169,5	173,2	187,2	200,2
November	168,2	182,7	174,6	181,2	187,9	206,7
Dezember	145,1	181,0	150,7	178,0	167,9	194,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Oktober	+ 0,9	— 0,2	+7,3	+2,2	+2,8	+ 6,9
November	— 5,7	+8,6	+5,6	+3,8	+2,7	+10,0
Dezember	— 13,2	+7,9	+2,4	+2,6	+0,4	+ 8,6

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 65*; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Inwiefern der verhaltene Aufschwung im letzten Jahresquartal 1972 zunächst einmal eine teilweise Kompensation des allgemeinen Produktionsrückgangs vom 2. zum 3. Vj. war, verdeutlicht folgende Übersicht:

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriezweige

	1972, 2. Vj.	1972, 3. Vj.	Veränd. i. % 2. Vj. 1972	geg. dem 3. Vj. 1971
Industrie, insg.	169,7	152,6	— 10,1	+ 2,1
Kohlenbergbau	78,0	70,8	— 9,2	— 11,8
Eisenschaff. Ind.	145,4	140,7	— 3,2	+ 7,3
Chemische Ind.	268,2	254,1	— 5,3	+ 5,7
Maschinenbau	134,8	119,0	— 11,7	— 4,2
Straßenfahrzeugb.	198,6	151,7	— 23,6	— 5,9
Elektrotechn. Ind.	212,3	178,3	— 16,0	+ 7,0
Textilindustrie	149,4	119,7	— 19,9	+ 0,7
Ernährungsind.	145,3	140,9	— 3,0	+ 2,9

(Quelle: ifo Wirtschaftskonjunktur, 1/73, Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung, S. 6—10, 13)

Die Industrieproduktion insgesamt fiel danach im 3. gegenüber dem 2. Vj. 1972 um ca. — 10 Prozent. Überdurchschnittliche Produktionseinschränkungen nahmen der Straßenfahrzeugbau (— 23,6 Prozent), die Textilindustrie (— 19,9 Prozent) sowie die Elektrotechnik (— 16,0 Prozent) vor und auch die Ausbringung des Maschinenbaus lag noch unter der der durchschnittlichen Minusrate der Industrie insgesamt.

Die Schwäche des Maschinen- und des Straßenfahrzeugbaus wurde noch nicht im 3. Vj. — jetzt im Vorjahresvergleich — überwunden; die negativen Raten fielen beim Maschinenbau mit — 4,2 und beim Straßenfahrzeugbau mit — 5,9 Prozent gegenüber dem Plus von 2,1 Prozent des gesamten Industrieausstoßes noch recht hoch aus.

Die nach wie vor bestehende Produktionsschwäche des Kohlenbergbaus (— 11,8 Prozent im 3. Vj. 1972 gegenüber dem Vorjahresquartal) beginnt im Ruhrgebiet ernsthafte Folgen zu zeitigen; die Strukturkrise droht dort auszuufern. (s. Kzf. 1.5)

Was vor allem die Hoffnung auf eine aufwärts gerichtete Konjunkturdynamik hervorruft, ist die Entwicklung der Auftrags-eingänge. Trotz der sich verstärkenden Preissteigerungskomponente nahmen von Oktober bis Dezember vergangenen Jahres die Realwerte der Bestellungen aufgrund der hohen Nominalzugänge erheblich zu. Die Industrie buchte einen nominalen Ordereingang von + 17,7 Prozent im Mittel der Monate Oktober bis Dezember.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1970 = 100

	Auftragseingangindex		Veränd. i. Prozent Vormonat		Prozent gegenüber dem Vorjahr	
	1971	1972	1972	1971	1972	1972
Oktober	108	125	+10,6	+1,4	+16,3	
November	105	122	— 2,4	+1,2	+16,6	
Dezember	99	119	— 2,5	— 3,4	+20,3	

(Quelle: INFO 4/1972, S. 3; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Herausragend war der Bestelleingang bei der Investitionsgüterindustrie: + 21,4, + 20,2, + 28,0 Prozent von Oktober bis Dezember. An zweiter Stelle rangierte die Grundstoffindustrie: + 13,9, + 16,6, + 17,8 Prozent.

Erst danach folgte die Verbrauchsgüterbranche, wobei die abfallende Linie ohne Zweifel auf den inzwischen eingetretenen faktischen Lohnstopp zurückzuführen ist: + 11,1, + 9,9, + 6,8 Prozent.

Dieser ernstzunehmende binnenwirtschaftliche Dämpfungseffekt hat jedoch einen von daher keineswegs überraschenden Auftrieb der Auslandsaufträge zur Folge: durch stagnierenden Lohnaufwand relativ günstige Exportpreise mit steigenden Gewinnaussichten.

Von Oktober bis Dezember veränderten sich die Ausland- im Vergleich zu den Inlandaufträgen in der verarbeitenden Industrie wie folgt:

	Inland-Aufträge Index 1970 = 100 o/o-Zunahme	geg. d. Vorj.	Ausland-Aufträge Index 1970 = 100 o/o-Zunahme	geg. d. Vorj.
Oktober	124	12,9	130	29,0
November	117	10,9	138	36,6
Dezember	112	13,8	145	41,6

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Da das Exportgeschäft im Hinblick auf die instabile währungs-politische Lage keine langfristig sichere Perspektive hat, nahm die Reichweite der Auftragsbestände im Dezember gegenüber September 1972 nach produktionsgesicherten Monaten nicht zu: sie betrug weiterhin nur 3,1 Monate. (ifo Schnelldienst, 4/1973, S. 3, INFO 4/1972, S. 3)

Auch an den Umsatzziffern ist schließlich der vorerst über-wiegend exportbedingte Konjunkturauftrieb abzulesen:

	Umsatzveränd. i. Prozent Vormonat	geg. dem Vorjahr
September	+ 12,7	+ 4,5
Oktober	+ 8,4	+ 18,5
November	— 2,3	+ 17,0

(Quelle: BMWI Monatsbericht 12/72, III b; 1/73, III b)

Anstieg der Industrieproduktion im 4. Vj. 1972 zum 4. Vj. 1971 + 9 Prozent bei uneinheitlicher Entwicklung: geringere Zuwachsraten im Dezember als im Vormonat. Die Investitionsgüter-industrie konnte in den letzten beiden Monaten 1972 zum erstenmal seit 1970 die Verbrauchsgüterbranche überflügeln: +8,6 und +7,9 gegenüber +3,8 und +2,6 Prozent jeweils im Vorjahresvergleich. Der Produktionsaufschwung ist damit noch auf keinen binnenwirtschaftlichen Effekt zurückzuführen. Im 4. Vj. konnten erst teilweise Einschränkungen der Ausbringung im Vorquartal (— 10,1 Prozent gegenüber dem 2. Vj. 1972) kompensiert werden. Den Anstoß zur Belebung gab der Außen-handel. In den nächsten Monaten wird erheblich mehr für den Export als für das Inland produziert werden, wie die Bestell-eingänge zeigen: Auslandsaufträge im Durchschnitt von Okto-ber bis Dezember + 35,8, Inlandsaufträge + 12,5 Prozent (zum Vorjahr). Gesicherte Produktionsdauer aufgrund von Auf-trägen 3,1 Monate. Von September bis November 1972 stieg der Ausland- gegenüber dem Gesamtumsatz noch schneller an als in den Sommermonaten.

1.3 Außenwirtschaft

Das heftige Aufbrechen einer sich seit langem aufstauenden Währungskrise des kapitalistischen Weltsystems (s. Sonder-INFO, Januar 1972) wurde kurzfristig auf Kosten vor allem der BRD und Japans gelöst.

Langfristig ist auf der Basis einer den großkapitalistischen Interessen verhafteten Politik ihre Bereinigung von Grund auf nicht möglich.

Die durch gezielte Manöver der US-amerikanischen Regierung verursachte Dollarflut soll die D-Mark erneut zur Aufwertung zwingen. Die Spekulation endete zwar in der ersten Etappe mit einer Dollarabwertung von ca. 10 Prozent (DM/Dollar-Kurs statt 3,20 jetzt 2,90) und einer Aufwertung der japanischen Währung; Ziel bleibt trotzdem nach wie vor eine kräftige Her-aufsetzung des DM-Kurses gegenüber dem Dollar.

Daß die Spekulation zunächst mit einem Milliarden-geschäft abschloß, entspricht ihrem Prinzip: nach dem Stand vom 14. 2. 1973 kassierte sie in der Zeit vom 23. Januar bis 9. Februar 1973 von der in die BRD hereingeströmten Dollarschwemme in Höhe von rund 20 Mrd. DM durch die amerikanische Ab-wertung allein 2 Mrd. Generell wird der Wertverlust des in US-Devisen bestehenden Währungsbestandes (Ende 1972 schon über 50 Mrd. bei einer Gesamtreserve von fast 75 Mrd. D-Mark) auf ca. 7 Mrd. DM veranschlagt, die vom Steuerauf-kommen getragen werden müssen.

Was den bis auf 268 Mrd. Dollar (das wären derzeit 777 Mrd. D-Mark) geschätzten, schnell mobilisierbaren Spekulations-fundus an amerikanischer Währung außerhalb den USA (Quelle: FAZ, 15. 2. 73) periodisch immer massiver in Bewe-gung bringt und teilweise in die BRD und jetzt nach Japan fließen läßt (siehe die Reihenfolge der D-Mark-Aufwertungen: 1961, 1969, 1971), ist das Mißverhältnis zwischen den Handels-bilanzen der BRD, Japans und den USA:

Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM

	1971	1972	i. o/o geg. d. Vorj.
BRD	+ 15,9	+ 20,3	+ 27,7
Japan	+ 13,8	+ 26,2	+ 97,0
USA	— 6,6	— 20,8	— 215,2

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 7. 2. 73; Handelsblatt, 26./27./1. 73, BDI-Mitteilungen, 1/1973, S. 26; Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1972, S. 356)

Währungen auf der Basis hoher Außenhandelsüberschüsse sind stets aufwertungsbedroht: Devisen ziehen noch mehr De-visen an. Defizite hingegen führen zu Geldabflüssen. Zusätz-lich speisen die USA den internationalen Dollarmarkt durch den finanziellen Aufwand ihrer imperialistischen Außenpolitik. Alles in allem umfaßte ihr Zahlungsbilanzdefizit 1972 rund 14 Mrd. Dollar (über 40 Mrd. DM), nachdem es 1971 22 Mrd. Dollar ausmachte.

Das Handelsbilanzdefizit der USA bei Rekordüberschüssen der BRD und Japans war für die USA der Anlaß, die Überschuß-länder zur Aufwertung zu zwingen. Der Ausgang des Mach-drucks steht noch aus. Nach den aktuellen Plänen der USA für eine Neuordnung des kapitalistischen Währungssystems soll eine automatische Anpassung der Wechselkurse an die Entwicklung der Handelsbilanz eingeführt werden, müssen die EWG und Japan den USA weitgehende Handelszugeständnisse machen, bevor die kommenden scharfen amerikanischen Ein-fuhrbeschränkungen gelockert werden.

Andererseits lassen die USA von ihrer defizitären Politik nicht ab:

der Wehretat soll im laufenden Jahr über den Stand von 1972 (152,9 Mrd. DM, Handelsblatt, 5. 2. 73) angehoben werden, ver-stärkte Direktinvestitionen amerikanischer Konzerne im Aus-land sind zu erwarten,

anlagesuchende private Dollarbesitzer werden in noch größe-rem Umfange ins internationale Wertpapiergeschäft einsteigen.

So beruhte der hohe Zufluß langfristigen Kapitals in die BRD 1972 besonders auf dem Kauf festverzinslicher Wertpapiere durch Ausländer, d. h. vorwiegend auf Dollarbasis.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo der BRD (in Mrd. DM)

	Januar bis Dezember 1971	1972
Handelsbilanz	+ 15,9	+ 20,3
Kapitalbilanz (+ Kapitalimport)	+ 7,2	+ 7,4
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 6,3	+ 12,5
Kurzfristiger Kapitalverkehr	+ 0,8	— 5,2

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 7. 2. 73)

Zur Abwehr der Spekulation Anfang Februar 1973 setzte die Bundesregierung einen administrativen Apparat nach § 23 des Außenhandelsgesetzes ein, um den Dollarzustrom zu stop-pen:

Genehmigungspflicht für den Erwerb von Wertpapieren aller Art durch Ausländer, bei Vermögenskäufen über 500 000 DM durch Ausländer, bei Kreditaufnahme über 50 000 DM durch Ausländer oder Gebietsansässiger im Ausland. Schließlich wurde die 100prozentige zinslose Stilllegung im Ausland auf-genommener Kredite bei der Bundesbank verfügt.

Diese Maßnahmen hätten schon vor Jahren ergriffen werden müssen. Als solche schirmen sie jedoch — wie die Endphase der Spekulation bewies — den Kapital- und Geldmarkt der BRD vor dem Dollar nicht ab, da ausländische Währung wei-terhin zinslos als Depositen gehalten werden können. Vor ei-

nem solchen Verbot schreckte die Bundesregierung zurück. Schon allein hieraus ergibt sich, wie dringend die Forderung nach einer Verstaatlichung des Großbankensystems eigentlich ist.

Wenn darüber hinaus nicht zu einer demokratischen Gesamt-planung der Investitionen gefunden wird, bleibt der Außen-handel entweder Inflationsmotor erster Ordnung oder eine er-zwangene Exporteindämmung führt im Inland zu Beschäfti-gungsrisiken.

Derzeit sieht es nach der ersten Krisenalternative aus; denn die Auftragslage der Industrie (s. Kzf. 1.2) kündigt für 1973 wiederum einen Rekordüberschuß der Handelsbilanz, also Geldüberhang und Profitexplosion an.

Die seit langem bestehende internationale Währungskrise brach Anfang Februar über der BRD in Form einer Dollarflut in Höhe von 20 Mrd. DM herein. Kurzfristig wurde die Expan-sion durch eine 10prozentige Dollarabwertung gestoppt. Ge-winn der Spekulation: 2 Mrd., Abwertungsverlust der US-De-visen im Währungsbestand von über 50 Mrd. DM: 5 Mrd., so daß die Kosten für den Steuerzahler ca. 7 Mrd. DM betragen dürf-ten. Die Spekulation wurde aufgrund des Handelsbilanzüber-schusses der BRD und Japans (BRD 1973: 20,3 Mrd. DM) und des gleichzeitigen Handelsdefizits der USA (1973 20,8 Mrd.) bei einem Zahlungsbilanzdefizit von rund 14 Mrd. Dollar aus-gelöst. Ziel: Aufwertung der DM und der japanischen Währung. Die DM-Aufwertung steht noch auf der Tagesordnung, zumal 1973 wieder ein hoher Exportüberschuß der BRD anfallen dürfte.

1.4 Investitionen

Ob 1973 ein Jahr konjunktureller Expansion sein wird oder ob — ähnlich wie 1972 — die Entwicklung eher zögernd erfolgt, hängt letztlich von der privatwirtschaftlichen Investitionstätig-keit ab. Es steht bereits fest, daß ein höherer Investitions-beitrag vom Staat nicht zu erwarten ist. Die durch die bishe-rige Wirtschaftspolitik mitverantwortete Inflation erzwingt — gemessen an den wachsenden Infrastrukturlücken — praktisch eine Stagnation der Realinvestitionen seitens der öffentlichen Hand.

Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen Preisen Mrd. DM	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	o/o des BSP
1969	605,2	146,2	24,0
1970	685,6	181,1	26,4
1971	758,8	202,9	26,7
1972	828,2	213,9	25,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 19)

Was im laufenden Jahr vom privaten Unternehmenssektor zu erwarten ist, ergibt sich — als Grundtendenz — aus dem letz-ten Investitionstest des ifo-Instituts vom Oktober 1972. Generell dürfte sich danach das Niveau der nominalen Bruttoanlage-investitionen in der verarbeitenden Industrie wie folgt ver-ändern:

	In Mrd. DM 1971	1972	Wachstumsraten 1972	1973
Verarbeitende Industrie	35,7	+ 2	— 5	+ 6
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüter	14,3	+ 7	— 7	+ 1
Investitionsgüter	12,9	— 2	— 8	+ 9
Verbrauchsgüter	5,1	— 4	+ 3	+ 3
Nahrungs- und Genußmittel	3,4	+ 5	+ 7	+ 5
Bauhauptgewerbe	4,0	+ 16	± 0	+ 10

(Quelle: ifo Schnelldienst, 1/2/10. 1. 73, S. 3)

Nachdem 1972 die Bruttoanlageinvestitionen nominal um ca. 5 Prozent gesunken waren, real um etwa 8 Prozent, wird 1973 eine nominale Anhebung um 6 Prozent erwartet; nach den

Schätzungen des ifo-Instituts ergäbe dies eine 3prozentige reale Ausweitung des Volumens.

Die stärksten Impulse wurden — gegen Jahresende prognosti-ziert — wieder bei der Verbrauchsgüterindustrie vermutet, gefolgt vom Investitionsgüterbereich. Ob aber die Verbrauchs-güterbranche erneut als konjunktureller Motor dienen wird, hängt 1973 allein von den Effektivlöhnen ab, da die bislang getätigten Tarifabschlüsse keine investitionsanregende zu-sätzliche Kaufkraft freisetzen werden. Die Lohndrift war indes im 3. Vj. 1972 negativ (s. Kzf. 3.1); würde dieser Trend keine eindeutige Umkehr erfahren, dann müßte sogar mit einer Dämpfung statt mit einer Zunahme der Verbrauchernachfrage mit den unvermeidlichen Auswirkungen auf die Investitions-entscheidungen gerechnet werden. Insofern müßte sich die Anlageplanung der Investitionsgüterindustrie überwiegend von der verstärkten Auslandsnachfrage (s. Kzf. 1.2) leiten lassen, in der Hoffnung, daß sie auch anhält.

Wie vorsichtig bis skeptisch die privaten Unternehmen der verarbeitenden Industrie das Wirtschaftsjahr 1973 beurteilen, geht aus den quantifizierten Planungsabsichten hervor: 39 Pro-zent der Firmen wollen nominale Erweiterungen ihrer Investi-tionen vornehmen, 32 Prozent wollen in gleicher Größenord-nung und immerhin 29 Prozent weniger als 1972 investieren.

Bezeichnend ist ferner die sich gegenüber 1971 und 1972 ver-stärkende Neigung, Rationalisierungs- statt Erweiterungsin-vestitionen vorzunehmen, was im Grunde genommen keiner Boomstimmung entspricht, sondern unter Umständen einen Arbeitskräfteabbau einschließen könnte, zumindest auf keine Neueinstellung schließen läßt.

Zielsetzung der Investitionstätigkeit

Als Hauptziel nannten Prozent der Unternehmen:

	Kapazitätserweiterung 1972	1973	Rationalisierung 1972	1973
Verarbeitende Industrie	40	31	43	48
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüter	43	28	42	53
Investitionsgüter	40	32	42	46
Verbrauchsgüter	35	29	46	48
Nahrungs- und Genußmittel	28	36	48	40

(Quelle: ifo Schnelldienst, 1/2/10. 1. 73, S. 6)

Für 1973 wurde eine 3prozentige Investitionsausweitung in der verarbeitenden Industrie prognostiziert. Die Investitionsgüter-branche wurde mit einem Nominalwachstum von + 9 Prozent, die der Verbrauchsgüter mit + 3 Prozent veranschlagt. Ob jedoch nicht ein Rückgang im letzteren Bereich einsetzen wird, hängt von der Entwicklung der Effektivlöhne (positive Lohn-drift) ab. Der Schwerpunkt der Zielsetzung in der Investitions-planung liegt auf Rationalisierung (48 Prozent der Firmen) statt Erweiterung (31 Prozent). 1972 sank der Investitionsanteil am BSP auf 25,8 gegenüber 26,7 Prozent 1971.

1.5 Beschäftigung

Im Vorjahresvergleich ermäßigte sich die Januararbeitslosigkeit zwar um 20 000 (— 5,3 Prozent), stieg allerdings gegenüber Dezember 1972 um 77 000 (+ 27,7 Prozent) an, was einer Erhö-hung der Arbeitslosenquote von 1,3 auf 1,6 Prozent entspricht.

Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose (I)	Offene Stellen (II)	Differenz (II) — (I)
	1971/72	1972/73	1971/72
November	208	236	493
Dezember	270	279	438
Januar	376	356	461

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 6; Handelsblatt, 8. 2. 73)

Sowohl im Vorjahrs- als auch im Vormonatsvergleich erhöhte sich im Januar die Zahl der offenen Stellen um 61 000 (+ 13,3 Prozent) bzw. 44 000 (+ 9,2 Prozent).

Ein Ausbeutungsfaktum besonderer Art besteht in der Zunahme ausländischer Arbeitskräfte. Ende September 1972 wurden rund 2,4 Mio. (+ 15 Prozent gegenüber September 1971) gezählt, darunter rund 690 000 Frauen.

Die ausländischen Arbeitskräfte insgesamt konzentrieren sich im wesentlichen auf NRW (ca. 663 000, + 5,6 Prozent im Vorjahresvergleich), Baden-Württemberg (ca. 576 000, + 4,3 Prozent), Bayern (ca. 383 000, + 6,4 Prozent) und Hessen (ca. 277 000, + 4,1 Prozent). (Angaben nach Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen, 12/1972, S. 373 ff.)

Bei der Diskussion um die gesellschaftliche Stellung der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD sind zunehmend integrationsfeindliche Argumente zu vernehmen, obwohl vom Bundesarbeitsministerium und den Gewerkschaften der Integrationskurs verfochten wird.

Gegen eine Integration werden konjunkturelle, also reine Aufwand-Ertrags-Überlegungen ins Spiel gebracht: Ausländer stellen eine mobile Reserve dar, die je nach Wirtschaftslage herangezogen oder abgeschoben werden können. In der Aufwärtsphase bilden sie aufgrund ihrer Ausbildungsstruktur einen „lohnstabilisierenden Einfluß“, da sie meist in die untersten Einkommensgruppen eingestuft werden. Der nichtintegrierte ausländische Arbeiter verursacht relativ geringe Kosten von 30 000 DM, der integrierte durch Inanspruchnahme der Infrastruktur 150 000 bis 200 000 DM. (Angaben nach Handelsblatt, 23. 1. 73)

Die Industriebeschäftigung insgesamt hatte bis November 1972 einen abnehmenden Trend (– 1,8 Prozent im Vergleich zum November 1971) bei überproportionalem Rückgang der Arbeiter (– 3,2 Prozent). Es machte sich demnach der sinkende Beitrag des warenproduzierenden Gewerbes zum BIP bemerkbar.

Industriebeschäftigung*

	Industriebeschäftigung insg. in Mio.	Abnahme geg. d. Vorj. i. %	darunter Arbeiter in Mio.	Abnahme geg. Vorj. i. %
1971	8,5	1,2	6,3	3,1
1971, November	8,5	2,3	6,3	3,1
1972, September	8,4	2,3	6,1	4,7
Oktober	8,4	1,8	6,1	3,2
November	8,4	1,8	6,1	3,2

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5; Wirtschaft u. Statistik 2/1972, S. 74*; 1/1973, S. 15*)

*) ohne Bauind., Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke; Betriebe mit 10 u. m. Beschäftigten

In regionaler Hinsicht ist die Industriebeschäftigung an der Ruhr besonderem Druck infolge der ausstrahlenden Dauerkrise des Bergbaus ausgesetzt. 740 000 Arbeitsplätze sind strukturell gefährdet, wie eine Untersuchung des Rhein.-Westf. Instituts f. Wirtschaftsforschung ergab. Der Grund liegt in der absinkenden Wirtschaftskraft des Ruhrgebiets. Das BIP je Kopf der Bevölkerung liegt dort derzeit schon unter dem Bundesdurchschnitt, nachdem es Mitte der fünfziger Jahre noch um 24 und 1961 um 7 Prozent darüber lag. (Angaben nach Handelsblatt, 18. 1. 73)

Während sich die Industriebeschäftigung konjunkturbedingt verringerte, konnte das Handwerk eine seit 1967 stetige Aufwärtsbewegung der Beschäftigtenzahlen verzeichnen:

– 1967	3,7 Mio.
– 1968	3,8 Mio.
– 1972, 3. Vj.	4,0 Mio. (Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 719*)

Mit 356 000 Arbeitslosen (– 5,3 im Vorjahres-, + 27,6 Prozent im Vormonatvergleich) stieg die Arbeitslosenquote im Januar 1973 auf 1,6 Prozent. Zunahme der Zahl der offenen Stellen auf 522 000 um + 13,3 Prozent gegenüber Januar 1972, um + 9,2 Prozent gegenüber Dezember 1972. Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte in der BRD 2,4 Mio. im September 1972 (+ 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat), darunter 690 000 Frauen. Rückgang der Industriebeschäftigung November 1972 / November 1971 um – 1,8 Prozent, Arbeiter – 3,2 Prozent. Im Strukturrisengebiet an der Ruhr sind immer noch ca. 740 000 Arbeitsplätze gefährdet. Das Handwerk konstatiert eine seit 1967 anhaltende Zunahme der Beschäftigtenzahlen:

1967: 3,7 Mio., 1972, 3. Vj., 4,0 Mio. (+ 81 Prozent gegenüber 1967).

1.6 Umsatz je Beschäftigtem

Die Diskrepanz zwischen Beschäftigten- und Umsatzentwicklung hielt im 1. Hj. 1972 an, so daß der Umsatz je Beschäftigtem um + 9,4 Prozent gegenüber dem 1. Hj. 1971 gesteigert werden konnte. Der Umsatz nahm zwar um + 5,0 Prozent zu, aber im Vergleich zum 1. Hj. 1971 (+ 8,6 Prozent zum 1. Hj. 1970) mit einer verminderten Zuwachsrate.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM
1971, 1. Hj.	8,6	45,7	5,3
1972, 1. Hj.	8,3	48,0	5,8
		Verändg. geg. d. Vorj. i. %	
1971, 1. Hj.	+ 1,2	+ 8,6	+ 8,2
1972, 1. Hj.	– 3,5	+ 5,0	+ 9,4

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5)

Von September bis November 1972 ergaben sich folgende Werte, wobei der Pro-Kopf- den Gesamtumsatz weiterhin überflügelt hat:

	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM	Verändg. geg. d. Vorj. i. %	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM	Verändg. geg. d. Vorj. i. %
September	6,2	– 2,5	+ 2,3	+ 5,1
Oktober	6,6	– 2,1	+ 9,8	+ 11,9
November	6,5	– 1,7	+ 10,0	+ 12,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 15*; BMWF Monatsbericht 12/72, II, III b; INFO 1/1972, S. 6)

2 Unternehmerngewinne

2.1 Bruttogewinne

Die statistisch ausgewiesenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deuten lediglich einen Trend an, der nichts über die wirkliche Höhe der Profite aussagt.

Die Bruttoeinkünfte dieser Sparte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen im 1. Hj. 1972 um + 7 Prozent.

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	82,2	9,4
2. Hj.	93,9	9,8
1971, 1. Hj.	85,3	3,8
2. Hj.	97,2	3,6
1972, 1. Hj.	91,3	7,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 487)

Die Manipulation der Unternehmerngewinne zu Veröffentlichungszwecken ermöglicht das Steuerrecht, wonach Profite auf Aufwand- und Kostenkonten umgebucht werden dürfen, wie z. B. die überhöhten Abschreibungen nicht Kosten, sondern effektive Erträge sind.

2.2 Nettogewinne

Auch im 1. Hj. 1972 stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stärker an als die Bruttowerte, nämlich um 9,6 Prozent im Vorjahresvergleich.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	65,5	13,3
2. Hj.	75,6	13,4
1971, 1. Hj.	67,2	2,7
2. Hj.	78,2	3,4
1972, 1. Hj.	73,7	9,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 487)

Neben den steuerrechtlichen Möglichkeiten zur Verringerung der auszuweisenden Profitsumme war es den Unternehmen erlaubt, die als Konjunkturzuschlag gezahlten Beträge mit der bestehenden Steuerschuld aufzurechnen, was neben der Erzielung eines Inflationsgewinns ein zinsloses Staatsdarlehen von 1,5 Mrd. DM bedeutete. Um diese Summe sind die Eigenmittel der Unternehmen (74 Mrd. DM = + 11 Prozent gegenüber dem 1. Hj. 1971) zusätzlich aufgestockt worden. Die Selbstfinanzierungsquote (Eigenmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen) stieg von 71,2 Prozent (1. Hj. 1971) auf 77,7 Prozent (1. Hj. 1972) an. (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 38)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Streiks wie die Arbeitsniederlegung von 20 000 Arbeitern in den Hüttenwerken der Dortmunder Hoesch-AG vom 8. bis 10. Februar 1973 zielen in einem als Marktwirtschaft deklarierten System auf die nachträgliche Korrektur lediglich politisch begründbarer Tarifvereinbarungen ab.

Der am 1. Januar 1973 in Kraft getretene Abschluß der IG Metall über 8,5prozentige Tariflohnerrhöhungen sowie der OTV über 6 Prozent plus einem Sockelbetrag von DM 40,— sind in erster Linie Resultate politischer Taktik, sie entsprechen nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen der Arbeiter und Angestellten.

Dies geht schon aus der globalen Bruttolohn- und Gehaltsentwicklung im Jahre 1972 hervor: trotz des vehementen Preisanstiegs des privaten Verbrauchs, im besonderen aller Güter und Dienstleistungen des lebensnotwendigen Bedarfs von teilweise überproportionalem Ausmaß (s. Kzf. 3.4) und trotz verbesserter Ertragslage der Unternehmen sank die Zuwachsrate der Abhängigeneinkommen von + 13,3 (1971) auf + 9,4 Prozent (1972), die monatliche Lohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich Beschäftigtem von + 11,9 auf + 9,1 Prozent ab.

Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970	353,2	17,7
1971	399,5	13,1
1972	437,8	9,4

(Quelle: INFO 1/72, S. 7; Stat. Wochendienst des Stat. Bundesamts, 3/1973)

Bruttolohn- und -gehaltssumme (monatlich) je durchschnittlich Beschäftigtem

	monatlich in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970	1138	14,7
1971	1273	11,9
1972	1389	9,1

(Quelle: Stat. Wochendienst, 3/1973)

Weiterhin hätten IG Metall und OTV die im 3. Vj. 1972 abermals einsetzende negative Lohndrift (Spanne zwischen Tarif- und Effektivverdiensten) als Anzeichen der sich rapide verschlechternden Realeinkommenslage der Arbeiterklasse in der BRD (s. Kzf. 3.5) in ihre lohnpolitische Strategie einbeziehen

müssen. Denn: 6- oder 8,5prozentige Tariflohn- und -gehaltssteigerungen laufen allein schon infolge der konfiskatorischen Steuern und Abgaben auf einen effektiven Lohnstopp hinaus, was letztlich einen negativen Realzuwachs ergibt.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis Verändg. gegenüber d. Vorj. i. Prozent	Effektivverdienste je Beschäftigtem Verändg. gegenüber d. Vorj. i. Prozent	Lohndrift auf Monatsbasis Verändg. gegenüber d. Vorj. i. Prozent
1971, 1. Vj.	+ 14,8	+ 14,5	– 0,3
2. Vj.	+ 14,9	+ 12,0	– 2,9
3. Vj.	+ 14,5	+ 11,6	– 2,9
4. Vj.	+ 9,3	+ 9,9	+ 0,6
1972, 1. Vj.	+ 9,2	+ 9,7	– 0,5
2. Vj.	+ 9,0	+ 9,4	+ 0,4
3. Vj.	+ 8,5	+ 8,4	– 0,1

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 69*)

Im laufenden Jahr wird es – nicht zuletzt aufgrund des sich ankündigenden Exportbooms – zu einer noch größeren Spanne zwischen Profitsteigerungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung kommen. Die weiter im Steigen begriffene Teuerungswelle verschärft die Verteilungsschiefe zwischen Arbeit und Kapital noch mehr. Die große Masse der Arbeiter und Angestellten dürfte dann gezwungen sein, ihre für Notfälle gebildeten Rücklagen anzugreifen, will sie nicht eine spürbare Einschränkung des erarbeiteten Lebensstandards in Kauf nehmen. Unter diesen Voraussetzungen hätte selbst die ursprünglich innerhalb der IG Metall diskutierte 12prozentige Tarifforderung, wäre sie erkämpft worden, allenfalls den Status quo, d. h. nicht einmal einen Reallohnzuwachs wie 1971 gesichert.

Das Signal aus den Hoesch-Werken scheint für das laufende Jahr lohnpolitische Akzente zu setzen. Wie im Herbst 1969 dürfte der Anstoß wieder aus den Betrieben kommen, um den Forderungen der Arbeiterschaft auf einen größeren Anteil am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs Nachdruck zu geben.

3.2 Steuern und Abgaben

Bund und Länder nahmen im Rechnungsjahr 1972 rund 180,4 Mrd. DM an Steuern ein, womit das Vorjahresergebnis um 22,2 Mrd. DM = + 14 Prozent übertroffen wurde.

Fast die Hälfte des Gesamtaufkommens, nämlich 85 Mrd. DM, entfiel auf Lohn- und Umsatzsteuer. 1973 dürfte die 50-Prozent-Grenze überschritten werden.

Werden die Einnahmen auf die wichtigsten Massen- sowie Gewinn- und Vermögenssteuern aufgeteilt, dann ergibt sich: – 108,9 Mrd. DM = 60,3 Prozent erbrachten Lohnsteuer und die aufkommenstärksten indirekten Steuern (Umsatz-, Mineralöl-, Tabaksteuer, Branntweinmonopol), aber nur – 34,6 Mrd. DM = 19,2 Prozent resultierten aus veranlagter Einkommensteuer, Körperschaft- und Vermögenssteuer.

Zur veranlagten Einkommensteuer muß überdies bemerkt werden, daß sie in zunehmendem Maße aus der Besteuerung gestiegener Abhängigeneinkommen gespeist wird, die von den gleitenden Lohnsteuertarifen nicht mehr erfaßt werden. Dieser Anteil stellt also keinen Abzug von Unternehmerngewinnen mehr dar.

Schließlich ist den Steuereinnahmen des Vorjahres folgende Diskrepanz zu entnehmen: zwischen Lohn- und Umsatzsteuer einerseits, den Gewinn- und Vermögenssteuern andererseits besteht eine Differenz von rd. 50 Mrd. DM; denn allein die Umsatzsteuer erreichte inzwischen das Aufkommen aus den wichtigsten Gewinn- und Vermögenssteuern!

Einnahmen 1972 auf Massensteuern

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
Lohnsteuer	49,8	16,3
Steuern vom Umsatz	34,2	10,6
Mineralölsteuer	14,2	14,6
Tabaksteuer	7,8	14,0
Branntweinmonopol	2,9	19,4

Einnahmen 1972 aus Gewinn- und Vermögenssteuern

	In Mrd. DM	Verändg. geg. d. Vorj. i. %
Veranlagte Einkommensteuer	23,1	+ 26,2
Körperschaftsteuer	8,5	+ 18,5
Vermögensteuer	3,0	— 4,1

(Quelle: BMF-Dokumentation, 9. 2. 73)

Was sich schon 1970/71 andeutete, ist ein Jahr später klare Tatsache geworden: das Steuersystem der BRD ist ein offener Widerspruch zum verfassungsmäßig verankerten Grundsatz der Steuergerechtigkeit. Die Steuerpolitik 1973/74 unterstreicht dessen verfassungswidrigen Charakter, da — nichts unternommen wird, die konfiskatorische Progressionswirkung der Lohnsteuer aufzuheben, — durch die ab Juli 1973 um 0,5 Pfennig je Liter höhere Mineralölsteuer werden Löhne und Gehälter indirekt mit mindestens 2,4 Mrd. DM belastet.

Der vorgesehene 10prozentige Zuschlag auf Spitzen- und Gewinneinkommen hat mit Steuergerechtigkeit nichts zu tun: Konzerne und Monopole werden ihn auf die Preise überwälzen.

Eine Profitbesteuerung ohne Zugriff auf die unverteilter Gewinne und ohne wirksame Preiskontrolle spiegelt nur zum Schein soziale Symmetrie in bezug auf die steuerlichen Belastungen vor.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ist seit dem 2. Hj. 1970 rückläufig. Die leichte Steigerung um + 0,5 Prozent im 1. Hj. 1972 zum Vorjahreszeitraum bewirkte die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	114,0	15,3
2. Hj.	123,2	14,3
1971, 1. Hj.	126,6	11,1
2. Hj.	135,4	9,9
1972, 1. Hj.	140,0	10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 485)

Die monatlichen Nettolöhne und -gehälter je durchschnittlich Beschäftigtem folgten dem gleichen Trend unter Beachtung des rückerstatteten Konjunkturzuschlags.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	monatlich in DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	854	12,4
2. Hj.	907	11,9
1971, 1. Hj.	938	9,8
2. Hj.	995	9,6
1972, 1. Hj.	1042	11,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 486)

So wie die Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten sind auch die Nettolöhne und -gehälter kein Gradmesser mehr für Kaufkraft und Lebensstandard der Arbeiterklasse. Dies erhellt die inflatorische Preisbewegung: die der Realeinkommen machen nunmehr einen Bruchteil der Nettozuwachsrate aus. (s. Kzf. 3.5)

3.4 Preise

Wie untätig die Wirtschaftspolitik angesichts der immer höher schlagenden Preiswelle auch in diesem Jahre bleiben wird, zeigen nicht nur die Steigerungsraten im Januar, sondern auf der Produktions- und Handelsstufe bewegen sich die Preise weiterhin ungehemmt nach oben; die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist demnach für die nächsten Monate vorprogrammiert.

Mit einem abermaligen Auftrieb von + 6,5 Prozent im Januar 1973 im Vergleich zum Vorjahresmonat blieb der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach wie vor auf Höchstkurs.

Preisentwicklung bis Januar 1973

	Lebenshaltungskosten Insg.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrz., Fähr.	Fremde Verkehrsleistung
1971	130,4	173,1	135,5	113,6	133,8
1972	137,9	183,1	143,7	119,0	142,2
1971, Oktober	132,0	176,5	137,3	114,8	137,2
November	132,6	176,9	138,3	114,8	137,2
Dezember	133,1	177,4	139,3	114,8	137,5
1972, Januar	134,5	178,6	141,6	115,3	141,3
Oktober	140,4	186,2	147,0	119,8	142,8
November	141,1	186,8	148,2	119,8	142,9
Dezember	141,7	187,2	149,5	119,8	142,9
1973, Januar	143,3				

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 49*, 51*; Handelsblatt, 12. 2. 73)

Im einzelnen stieg der Preisindex

(Januar 1973/Januar 1972)

— der Lebenshaltung insgesamt um + 8,8 Punkte

von Dezember 1971 bis Dezember 1972

— der Wohnungsmieten um + 9,8 Punkte
 — von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um + 10,2 Punkte
 — von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um + 5,0 Punkte
 — für fremde Verkehrsleistungen um + 5,4 Punkte

Überproportionale Verteuerungen erfuhren im Januar 1973 gegenüber Januar 1972

— Kartoffeln mit + 45 Prozent
 — Frischobst mit + 36 Prozent
 — Frischfisch mit + 16 Prozent
 — Nahrungsmittel insgesamt mit + 8,2 Prozent

(Quelle: FAZ, 10. 2. 73)

Die unterschiedlichen Teuerungsraten in bezug auf die Lebenshaltung der verschiedenen Haushaltstypen im Januar 1973:

— Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen + 6,7 Prozent
 — Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern + 7,2 Prozent
 — Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen + 6,1 Prozent

(Quelle: Handelsblatt, 12. 2. 73)

Für ein steigendes Preisniveau in den kommenden Wochen werden besonders die Anhebung der Bundesbahntarife im Personenverkehr um 10 Prozent Ende Januar sowie die generelle Heraufsetzung der Automobilpreise zwischen 5 und 6 Prozent ins Gewicht fallen.

Der ifo-Konjunkturtest vom Dezember v. J. signalisierte überdies für die nächsten Monate einen noch stärkeren Preisauftrieb als bisher auf allen Ebenen der Produktion und des Handels. (ifo Schnelldienst, 24. 1. 73)

3.5 Realeinkommensentwicklung

Nichts veranschaulicht klarer den manipulierenden Charakter der Einkommensprognosen des regierungsamtlichen Jahreswirtschaftsberichts als die Diskrepanz zwischen dem dort für 1972 angegebenen Eckwert von 3,7 Prozent Realeinkommensplus von Löhnen und Gehältern und deren wirklicher Kaufkraft.

Wird einmal das statistisch ausgewiesene Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigtem zum Maßstab genommen, davon die entsprechenden Steuern und Sozialversicherungsabgaben abgezogen und von dem so ermittelten Zuwachs des Nettoeinkommens wiederum die durchschnittliche Preissteigerung

für die Lebenshaltung (alle privaten Haushalte) abgesetzt, dann stieg 1972 bei Ledigen das Realeinkommen um höchstens + 1,7 Prozent, bei Verheirateten mit einem Kind um + 1,8 Prozent.

Bei einem 1972 realen BIP-Zuwachs von + 2,9 Prozent bedeuten 1,7 bzw. 1,8 Prozent reale Kaufkraftzunahme des Durchschnittseinkommens eine soziale Degradierung der großen Bevölkerungsmehrheit; denn 62,3 Prozent der Haushalte verfügen ohnehin höchstens über DM 1584 brutto pro Monat. (s. Kzf. 4.1)

Realeinkommen eines Ledigen bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen pro Monat von DM

	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	119	137	171	206	238	100,0
— Kirchensteuer*	12	14	17	21	24	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	656	709	798	875	941	43,4

	in Punkten					
Lebenshaltungskost. (1962 = 100)	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
Kaufkraft des Nettoeink. (1968 = 100)	656	691	772	805	819	24,8

	in Prozent			
Bruttoeink.-Zuwachs	9,2	14,7	11,9	9,1
Nominal-Nettoeink.-Zuwachs	8,1	12,6	9,6	7,5
Realeink.-Zuwachs	5,4	8,8	4,4	1,7

Realeinkommen eines Verheirateten mit 1 Kind

Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	80	96	125	156	184	130,0
— Kirchensteuer*	9	10	13	16	18	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	698	754	848	930	1001	43,4

	in Punkten					
Lebenshaltungsk. Kaufkraft des Nettoeink.	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
	698	735	799	833	848	21,5

	in Prozent			
Bruttoeink.-Zuwachs	9,2	14,7	11,9	9,1
Nominal-Nettoeink.-Zuwachs	8,0	12,5	9,7	7,6
Realeink.-Zuwachs	5,3	8,7	4,5	1,8

*) Lohnsteuer nach den geltenden Sätzen, davon 10 Prozent Kirchensteuer; Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt 13,4 Prozent ohne Berücksichtigung der Anhebung des Krankenkassenbeitrags um 0,5 Prozent vom Juli 1972; alle Abzüge aufgerundet.

Festzuhalten ist: Bruttolöhne und -gehälter sind kein Kriterium mehr für die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der Arbeiterklasse. Das amtliche Zahlenmaterial ist hier unzweideutig:

1. Den seit 1968, dem Beginn des letzten Konjunkturzyklus, gestiegenen Bruttoeinkommen von + 52,8 Prozent stand ein um fast 10 Prozent niedrigeres nominales Nettoeinkommen — + 43,4 Prozent — und ein bei Verheirateten mit 1 Kind um über 30 Prozent, bei Ledigen fast 30 Prozent geringeres Wachstum des Nettoeinkommens — + 21,5 bzw. + 24,8 Prozent — gegenüber.

2. Steuern, Sozialabgaben und Preisinflation gerade der lebensnotwendigen Güter reduzierten damit in einer regelrechten Zangenbewegung den effektiven Arbeitsertrag um bald ein Drittel.

3. Von 1968 bis 1972 ergab sich bei Ledigen eine progressiv wirkende steuerliche Belastung von + 100 Prozent, bei Verheirateten mit 1 Kind sogar von + 130 Prozent; die Sozialversicherungsbeiträge durchliefen eine Steigerung von + 52,4 Prozent, die Preise für die Lebenshaltung eine von + 18,4 Prozent.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Prognose nicht falsch sein, daß 1973 eine Realeinkommensminderung bis in den negativen Bereich unausweichlich ist, wenn die Entwicklung von Löhnen und Gehältern an den zu Jahresbeginn abgeschlossenen Tarifverträgen mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von höchstens + 8,5 Prozent ausgerichtet wird.

Schon im Hinblick auf den verschärften konfiskatorischen Charakter von Steuern und Abgaben (s. Kzf. 3.2) waren die Kompromisse im Metallbereich und im öffentlichen Dienst fragwürdig. Dies um so mehr, als die DGB-Zielprojektion für 1973 eine Reallohnsteigerung von + 4,5 bis + 5,0 Prozent anvisierte. Noch in der Zielprojektion 1971–1973 wurde für das laufende Jahr bei den Beschäftigten die Hoffnung auf eine über 12prozentige Erhöhung ihrer Nettoeinkommen geweckt.

3.6 Arbeitszeit

Bezahlte Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriebeschäftigten

	männlich	weiblich	Insg.
1970	44,8	40,7	44,0
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Juli	44,2	40,4	43,4
Oktober	44,2	40,6	43,5
1972, April	43,8	40,4	43,1
Juli	—	—	43,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1972, S. 491; 10/1972, S. 552)

Nachdem sich von Juli bis Oktober 1971 die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriebeschäftigten insgesamt um 0,1 Stunden von 43,4 auf 43,5 bezahlte Wochenstunden erhöhte, ging sie bis April 1972 erheblich zurück: um — 0,4 auf 43,1; Arbeiter — 0,4, Arbeiterinnen — 0,2 Stunden.

Daß sie im Juli d. J. noch immer auf diesem Stand verharrte, war Niederschlag der wirtschaftlichen Stockung. Mit der Einschränkung der effektiven Arbeitszeit verband sich unmittelbar eine Einkommensverminderung, was die Reallohne im 1. Hj. 1972 negativ beeinflusst haben dürfte.

3.7 Frauenlöhne und -gehälter

Im Anschluß an die globale Darstellung der beruflichen Situation sowie Einkommenslage der Frauen in der BRD in INFO 1/72 sollen nachstehend die Lohn- und Gehaltsstruktur der weiblichen Arbeitskräfte in Industrie und Handel untersucht werden.

In diesen Bereichen waren 1970 fast 5 Mio. Frauen beschäftigt; Arbeiterinnen wurden ca. 3,5 Mio. gezählt. (Ergebnis des Mikrozensus; Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau, Deutscher Bundestag, Drucksache VI/3689, Tabellenanhang, S. 66)

Was die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie anbetraf, war von 1966 bis 1971 folgendes Verhältnis zu konstatieren:

— 1966 betrug ihr durchschnittlicher Bruttostundenverdienst in der Industrie insgesamt (alle Leistungsgruppen) 68,8 Prozent ihrer männlichen Kollegen,
 — 1970 64,6 Prozent,
 — 1971 69,7 Prozent.

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (alle Leistungsgruppen)

	Männer in DM	Frauen in DM	i. % d. Männerlöhne
1966	4,84	3,33	68,8
1970	6,49	4,49	69,2
1971	7,25	5,05	69,7

(Quelle: Stat. Bundesamt, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Differenziert nach Leistungsgruppen war das Verhältnis der Männer- zu den Frauenlöhnen insofern recht unterschiedlich, als sich der Abstand mit abnehmender Qualifikation verringerte.

Frauen- in Prozent der Männerlöhne nach Leistungsgruppen

	Männer LG I LG II LG III in DM			Frauen LG I LG II LG III in DM			i. % d. Männerlöhne		
1966	5,14	4,64	4,13	3,69	3,42	3,21	71,8	73,7	77,7
1970	6,90	6,23	5,59	4,90	4,56	4,37	71,0	73,2	78,2
1971	7,74	6,92	6,20	5,48	5,12	4,92	70,8	74,0	79,4

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Als Erklärung für die Differenz von Frauen- und Männerlöhnen innerhalb der Leistungsgruppen wird vom Stat. Bundesamt angegeben, daß zum einen bei den männlichen Arbeitern eine höhere Zahl von geleisteten Nacht-, Sonntags- und Überstunden anfällt, zum anderen wird jedoch auf das unterschiedliche Qualifikationsgefüge bei Männern und Frauen verwiesen.

Das besagt indes eine stark voneinander abweichende Bewertung der formal gleich bestimmten Qualifikation für die Einstufung in die verschiedenen Leistungsgruppen.

So notwendig es ist, die diskriminierende Einstufung eines Großteils der Arbeiterinnen in sog. Leichtlohngruppen abzuschaffen, so notwendig wäre es darüber hinaus, das Bewertungssystem im Hinblick auf die Entlohnung der Frauen überhaupt grundlegend zu ändern.

Beispielsweise ist die Ausbildungsqualifikation für die Leistungsgruppe 1 bei Frauen und Männern gleich hoch. Das zum Zuge kommende Bewertungsverfahren unterbewertet aber die der Frauen. Ihre Arbeitskraft spart damit dem Unternehmen einen beachtlichen Aufwand. Indem so der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ unterlaufen wird, verbessert sich automatisch die Profitlage der Industrie.

Prinzipiell verhält es sich ebenso bei den weiblichen Angestellten in Industrie und Handel.

Das Verhältnis von Frauengehältern zu denen der männlichen Angestellten belief sich

- 1966 auf 60,9 Prozent,
- 1970 auf 61,2 Prozent,
- 1971 auf 61,8 Prozent.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel

	Männer in DM	Frauen in DM	i. % d. Gehälter männlicher Angestellter
1966	1134	690	60,9
1970	1519	930	61,2
1971	1690	1044	61,8

(Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/II, laufend)

Wie bei den Arbeiterinnen, so zeigt sich auch bei den weiblichen Angestellten ein erhebliches Abweichen ihrer Arbeitsentgelte von denen der Männer in den einzelnen Leistungsgruppen, wenngleich in dieser Berufssparte der Abstand nicht ganz so kraß ist.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen in DM

	II	Männer III	IV	V
1966	1 483	1 118	821	701
1970	1 946	1 474	1 093	948
1971	2 148	1 629	1 220	1 046

Frauen

1966	1 163	857	623	532
1970	1 523	1 144	824	710
1971	1 682	1 275	925	793

Frauen- in Prozent der Gehälter männlicher Angestellter

1966	78,4	76,7	75,9	75,9
1970	78,3	77,6	75,4	74,9
1971	78,3	78,3	75,8	75,8

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/II, laufend)

Es läßt sich zusammenfassend feststellen, daß die Frauenarbeit in Industrie und Handel für die Unternehmen im Durchschnitt 25 Prozent „billiger“ ist als die der Männer. Bei einer Bruttolohn- und -gehaltssumme in der Industrie von rund 15 Mrd. DM im November 1972 (Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 15*) hat demnach die Unterbewertung der Frauenqualifikation und -arbeit im Maximalfalle ca. 4 Mrd. DM Aufwand „gespart“.

Der einzige Bereich, in dem Löhne und Gehälter bei Frauen und Männern absolut gleichgestellt sind, ist der öffentliche Dienst.

Hier wurden bei der Personalstrukturhebung im Jahre 1968 rund 1 Mio. weibliche Beschäftigte (Angestellte, Arbeiter, Beamte) gezählt, darunter etwa 191 000 Teilzeitbeschäftigte. (Bundestagsdrucksache VI/3689, S. 77)

1970 waren in Industrie und Handel ca. 5 Mio. Frauen beschäftigt, darunter 3,5 Mio. Arbeiterinnen. Weibliche Arbeitskräfte in der Industrie erhielten 1966 68,8 Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer (alle Leistungsgruppen), 1970 64,6, 1971 69,7 Prozent. Differenziert nach Leistungsgruppen verringerte sich der Abstand mit abnehmender Qualifikation. Prinzipiell gleich unterbewertet wurden die weiblichen Angestellten in Industrie und Handel. Das Verhältnis der Frauengehälter zu denen der männlichen Kollegen belief sich generell 1966 auf 60,9, 1970 auf 61,2, 1971 auf 61,8 Prozent. Im Durchschnitt ist die Frauenarbeit in Industrie und Handel für die Unternehmen 25 Prozent „billiger“ als die der Männer. Nach der Lohnsummenstatistik der Industrie ergab dies einen „ersparten“ Aufwand von etwa 4 Mrd. DM an Bruttolohn und -gehalt. Nur im öffentlichen Dienst besteht absolute Gleichheit bei Frauen- und Männerentgelten. Hier waren 1968 rund 1 Mio. weibliche Beschäftigte tätig.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Wie aussagearm Einkommensdurchschnitte sind, kann dem Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 entnommen werden. Danach wurden zwar im Durchschnitt aller Haushalte in der BRD DM 1614,— Bruttoeinkommen pro Monat ermittelt, aber 62,3 Prozent aller Haushalte (= 13,432 von 21,541 Mio.) verfügten über ein Haushaltsbruttoeinkommen von höchstens 1584 DM.

Auch wenn die absoluten Einkommen in der Zwischenzeit gestiegen sind: die Relationen dürften sich im Grunde genommen nicht verändert haben. Somit erreichten fast zwei Drittel aller privaten Haushalte in der BRD noch nicht einmal das statistische Durchschnittseinkommen, ein sozialpolitisch bedenklicher Zustand!

Private Haushalte und ihre Einkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... DM	Haushaltsbruttoeinkommen in DM im Durchschnitt	Haushalte in 1000
Haushalte insges.	1614	21 541
unter 300	254	457
300— 600	477	2 555
600— 800	773	2 065
800— 1 000	1 034	2 398
1 000— 1 200	1 285	2 572
1 200— 1 500	1 584	3 385
1 500— 2 500	2 189	6 367*
2 500—10 000	4 129	1 742

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 708)

* ungewogener Durchschnitt

Aufschlußreich ist die Zusammensetzung der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen abhängig Beschäftigter nach dem Beitrag des Haushaltsvorstandes, der Ehefrau, der Kinder und übrigen Haushaltsmitglieder. Es zeigt sich dabei ganz deutlich, in welchem Maße die in dieser sozialen Gruppe anfallenden höheren Einkommen von der Mitarbeit der Ehefrau, Kinder und sonstigen Familienmitglieder abhängen.

Nettoeinkommen privater Haushalte abhängig Beschäftigter in DM

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ...		Haushaltsnettoeink. in 1000	Haushalts- Ehe- Kinder vorstand frau u. sonst.			
insgesamt abh. Arbeit						
Haushalte	insges.	21 541	919	721	99	99
unter	300	457	—	—	—	—
	300— 600	2 555	56	54	1	1
	600— 800	2 065	279	264	7	8
	800— 1 000	2 398	574	535	20	19
	1 000— 1 200	2 572	851	764	51	36
	1 200— 1 500	3 385	1 115	927	116	72
	1 500— 2 500	6 367*	1 452	1 053	202	197
	2 500—10 000	1 742	1 699	1 182	206	311

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 708)

* ungewogener Durchschnitt

Es ist bezeichnend, daß in Arbeiterhaushalten gegenüber denen von Beamten und Angestellten die Mitarbeit der Kinder am stärksten ausgeprägt ist, und erst zusammen mit der Ehefrau vermögen Arbeiterhaushalte das selbst noch unter dem statistischen Durchschnittseinkommen liegende Haushaltseinkommen von monatlich DM 1372 zu erreichen: DM 1094 (durchschnittlich) bringt der Haushaltsvorstand ein, DM 150 die Ehefrau, DM 128 die Kinder.

Angestellte liegen beim monatlichen Haushaltseinkommen mit DM 1821 schon deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt: DM 1596 verdient der Haushaltsvorstand, DM 152 die Ehefrau, DM 73 steuern die Kinder bei.

Ähnlich verhält es sich bei den Beamtenhaushalten.

	Haushalte insg. in 1000	Nettoeink.	Haushaltsvorstand	Ehefrau	Kinder
Arbeiter	6 323	1 372	1 094	150	128
Angestellte	3 576	1 821	1 596	152	73
Beamte	1 229	1 837	1 635	143	58

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 708)

4.2 Vermögensverteilung

Solange in der BRD die starke Vermögenskonzentration in wenigen Händen bestehen bleibt, solange wird seitens des Sachwertbesitzes das Interesse an einer inflationären Wirtschaftspolitik vorherrschen.

Sie ist zum Instrument der Vermögenszusammenballung, insbesondere des Nettoanlagevermögens, in der BRD geworden. Das Statistische Bundesamt bezifferte letzteres auf 2 Billionen DM; einschließlich des Grundbesitzes umfaßt der Sachwert 2,5 Billionen DM.

Da über diese Globaldaten hinaus eine differenzierte öffentliche Vermögenstatistik politisch vereitelt wird, bleiben die Untersuchungen von Prof. Krelle und seinen Mitarbeitern die einzigen Übersichten über die Vermögensstatistik in der BRD.

Die 1966 gemachten Erhebungen wurden 1971 erneut bestätigt, wobei sich noch eine schärfere Konzentration des Gesamtvermögens herausstellte. Der Kern dabei ist, daß 1,7 Prozent der privaten Haushalte in der BRD über Eigentum in folgenden Bereichen verfügt:

	i. % d. landw.	i. % d. Grund.	i. % d. Geld.	i. % d. Eigentums an gewerbli. Unternehm.	i. % d. Gesamtvermögens
1960	10,7	16,0	20,3	70,2	35,1
1966	9,4	14,4	20,2	73,9	31,1

4.3 Staatliche Umverteilung

Die Hauptlast des finanziellen Aufwands für den Ausbau der sozialen Infrastruktur in der BRD tragen die Länder, vor allem aber die Gemeinden. Zusammen müssen beide Gebietskörperschaften bald 80 Prozent aller öffentlichen Investitionen finanzieren.

Bei den Ländern stehen die Kulturetats an erster Stelle der Ausgabenskala, bei den Gemeinden die Posten für die strukturellen Verbesserungen und Veränderungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens, auf die ganz besonders die Arbeiterklasse angewiesen ist: Volksschulen, Krankenanstalten, Verkehrs- und Sporteinrichtungen, Erholungszentren, Kindergärten usw.

Die Aufteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden stellt somit zugleich einen Prozeß der Umverteilung dar mit mehr oder weniger großen gesellschaftspolitischen Effekten.

Von 1970 bis 1972 verteilten sich die Steuereinnahmen in folgender Größenordnung:

	Insg. Mrd. DM		Bund Mrd. DM		Länder Mrd. DM		Gemeinden Mrd. DM	
1970	154	100	84	54,5	50	33,8	18	11,7
1971	172	100	93	54,1	57	33,1	21	12,2
1972	184	100	169,7 Mrd. = 81,3 %				25	13,6

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 56*)

Daß die Gemeinden mit einem 10- bis 14prozentigen Anteil am Gesamtsteueraufkommen unter dem Vorzeichen der Inflation und der dadurch bedingten Anhebung der Personaletats von Jahr zu Jahr weniger ohne Schuldenaufnahme ihre Infrastrukturhaushalte finanzieren können, liegt auf der Hand.

Verschuldung der öffentlichen Haushalte

	Insg. Mrd. DM		Bund Mrd. DM		Länder Mrd. DM		Gemeinden Mrd. DM		Sonstige Mrd. DM
1967	108	100	43	39,8	24	22,2	32	26,9	8,5
(Dez.) 1970	126	100	47	37,3	28	22,2	40	31,8	10,5
(Sept.) 1972	150	100	50	33,3	36	24,0	54	36,0	11,2

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 58*)

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden haben keineswegs die gleiche Funktion. Obwohl der Bund nach dem derzeit geltenden Verteilungsschlüssel über 50 Prozent des Gesamtsteueraufkommens an sich zieht, ist er nicht zuletzt durch die Rüstungsfinanzierung von fast 30 Mrd. DM sowie durch Subventionszahlungen in Höhe von 11 Mrd. DM zur Kreditaufnahme gezwungen, allein um seinen sozialpolitischen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die vorgesehene Zunahme der Länderhaushalte insgesamt um 12,6 Prozent für 1973 gegenüber 14,6 Prozent 1972 bedeutet angesichts der Inflation einen spürbaren Abbau von geplanten Infrastrukturprojekten. (Landtag intern, NRW, 19. 1. 73, S. 15)

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttosozialprodukt in				
	a) jeweiligen Preisen	1972/1971	%	+ 9,1	1.1
	b) Preisen von 1962	1972/1971	%	+ 2,8	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) Index (1962 = 100)	Dezember 1972		179	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1972	%	+ 17,4	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt				
	a) gegenüber dem Vorjahr	November 1972	%	+ 10,0	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	November 1972	%	+ 2,3	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie				
	a) gegenüber dem Vorjahr	November 1972	%	+ 17,0	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	November 1972	%	- 0,3	1.2
5	Auftragseingang der Industrie insgesamt				
	a) gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1972	%	+ 20,3	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	Dezember 1972	%	- 2,5	1.2
6	Auslandaufträge der Industrie				
	gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1972	%	+ 41,6	1.2
7	Inlandaufträge	Dezember 1972	%	+ 13,8	1.2
8	Exportüberschuß				
	a) absolut	1972	Mrd. DM	20,3	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	1972	Mrd. DM	4,4	1.3
9	Bruttoanlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie	1972/1971	%	- 5	1.4
10	Beschäftigte in der Industrie				
	a) absolut	November 1972	Mio.	8,4	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	November 1972	%	- 1,8	1.5
11	Arbeitslose	Januar 1972	Tsd.	356	1.5
12	Industrieumsatz je Beschäftigtem				
	a) absolut	1. Hj. 1972	DM	5800	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 9,4	1.6
13	Veränderung der Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten				
	a) insgesamt	1972/1971	%	+ 9,4	3.1
	b) je Beschäftigtem	1972/1971	%	+ 9,1	3.1
14	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern (Lohndrift)	3. Vj. 1972	%	- 0,1	3.1
15	Lohnsteuer	1972/1971	%	+ 16,3	3.2
16	Körperschaftsteuer	1972/1971	%	+ 18,5	3.2
17	Veranlagte Einkommensteuer	1972/1971	%	+ 26,2	3.2
18	Steuern vom Umsatz	1972/1971	%	+ 10,6	3.2
19	Nettolohn- und -gehaltsumme				
	a) insgesamt	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 10,6	3.3
	b) je Beschäftigtem	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 11,1	3.3
20	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
	a) Index (1962 = 100)	Januar 1972/Januar 1971	Pkt.	+ 8,8	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	Januar 1972/Januar 1971	%	+ 6,5	3.4
21	Kaufkraftsteigerung der durchschnittlichen Monatsnettolöhne und -gehälter aufgrund des Preisindex für die Lebenshaltung und der Abzüge				
	a) für Ledige	1972/1971	%	+ 1,7	3.5
	b) für Verheiratete mit 1 Kind	1972/1971	%	+ 1,8	3.5
22	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie	Juli 1972	Std.	43,0	3.6
23	Selbstfinanzierungsquote (INFO 4/72)	1. Hj. 1972	%	77,7	4.1
24	Abschreibungen insgesamt	1. Hj. 1972	Mrd. DM	43,3	4.1
25	Nichtentnommene Gewinne	1. Hj. 1972	Mrd. DM	20,5	4.1